

GRÜNES

Januar
Nr. 1/2017



DIE ZEITUNG DER
GRÜNEN KANTON ZÜRICH

BLATT



GRÜN UND HARTNÄCKIG

WIR BLEIBEN DRAN!

INHALT

RÜCKBLICK ABSTIMMUNGEN	2
GRÜNE KANTON ZÜRICH	3-6
GRÜNE STADT ZÜRICH	7-9
GRÜNE WINTERTHUR	10
JUNGE GRÜNE	11
AGENDA	12

Redaktion und Verlag

Grüne Kanton Zürich
Ackerstrasse 44, 8005 Zürich
044 440 75 50
www.gruene-zh.ch
sekretariat@gruene-zh.ch
IBAN CH09 0900 0000 8002 6744 4

Liebe Grüne

Die letzten Monate haben wir alles gegeben. Tausende Flyer verteilt, überzeugt, gestritten und gefroren.

Leider hat es nicht gereicht für das Ja zum überfälligen Atomausstieg. Auch für ein JA zur Umsetzung der Kulturlandinitiative hat es nicht gereicht. Der Abstimmungskampf war intensiv, die gegnerischen Argumente schienen zu verfangen. Wieder wurde gegen uns gekämpft mit den Worten «radikal» und «extrem». Dass die Umsetzung der Kulturlandinitiative ein kantonsrätlicher Kompromiss war, eine ausgearbeitete Vorlage der Regierung, wurde verschwiegen. 2012 hielten es die GegnerInnen nicht für nötig, die Kulturlandinitiative hart zu bekämpfen und waren überrascht von unserem Erfolg an der Urne. 2016 wurden unsere Vorlagen mit grossen Budgets bekämpft. Das zeigt, wie viel uns zugetraut wird und wie ernst unsere Anliegen genommen werden. Wir müssen weiterkämpfen!

Zudem die Wahl von Trump, der seinen Wahlkampf mit Unwahrheiten und reisserischen Auftritten bestritten hat. Auch bei uns ist es üblich geworden, mit Unwahrheiten Kampagnen zu machen. Wie wir Grüne darauf reagieren sollen, das müssen wir diskutieren.

Viele Menschen haben in den letzten Wochen den Weg zu den Grünen gefunden. Das ist eine schöne Anerkennung unserer Arbeit und zeigt, wie wichtig es ist, aufzustehen und sich zu wehren. Herzlich willkommen bei den Grünen. Wir freuen uns sehr auf die Zusammenarbeit mit Euch!

Ich möchte Euch allen von Herzen danken für Euren Einsatz der letzten Monate. Es hat nicht gereicht zu einem «Grünen Sonntag». Trotzdem: Wir haben sehr viel erreicht. Und wir wissen: In der Politik braucht es einen langen Atem. Und der geht uns noch lange nicht aus!

■ Marionna Schlatter,
Präsidentin Grüne Kanton Zürich

LIEBE LESERINNEN

Im grossen Kampagnenjahr 2016 haben wir Grünen viel geleistet. Wir haben hunderttausende Flyer verteilt, Plakate aufgehängt, Leserbriefe geschrieben, uns an Standaktionen den Mund fusselig geredet und uns daheim am Computer die Finger platt geklopft. Für einen Sieg hat es leider nicht ganz gereicht. Trotzdem haben wir viel erreicht und unser gemeinsamer Einsatz hat uns zusammengeschweisst. Nutzen wir unsere gemeinsame Stärke! Im Jahr 2017 warten bereits viele wichtige Themen auf uns. Gleich im Februar geht es los mit der Abstimmung über unser Referendum gegen die Unternehmenssteuerreform III (S. 4).

In Winterthur finden am 12. Februar Stadtratsersatzwahlen statt. Wir Grünen wollen den Sitz unseres zurückgetretenen Stadtrates Matthias Gfeller verteidigen. Auf Seite 10 stellt sich euch unser Kandidat Jürg Altwegg vor.

In diesem «grünen blatt» erfahrt ihr zudem viele Grüne Neuigkeiten aus Stadt und Region!

■ Nadine Berthel,
Geschäftsführerin
Grüne Kanton Zürich

> publikation@gruene-zh.ch

IMPRESSUM

grünes blatt – Zeitung der Grünen Kanton Zürich, Ackerstr. 44, 8005 Zürich. Erscheint 4x jährlich. Auflage: 2100 Ex. Redaktion & Layout: Nadine Berthel. Korrektorat: Beat Hess & Ulla Blume. An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet: Marionna Schlatter, Esther Guyer, Röbi Brunner, Daniel Leupi, Thomas Forrer, Silvia Rigoni, Daniel Vischer, Markus Kunz, Muammer Kurtulmus, Katharina Prelicz-Huber, Flavia Sutter, Reto Diener, Niggli Kappeler, Ursina Schärer. Bildnachweise: S. 1: gregepperson / photocase.de, S. 2: Chrisjean / photocase.de, S. 3: Bernd Vonau / photocase.de, S. 4: Mrsnikon / photocase.de, S. 6: steffine / photocase.de, S. 7: ewz, S. 9: Stadt Zürich, Jennifer Zimmermann, S. 11: Roland zh, Druck: Ropress. Diese Zeitung ist CO₂-neutral und auf FCS-Papier gedruckt: FSC C010121.

ZWEIMAL NEIN
UND DOCH VIEL ERREICHT

Die Deutlichkeit des Neins bei der Kulturlandinitiative hat uns erstaunt, deshalb hier ein Versuch einer kurzen Erklärung:

Erstens war die Vorlage sehr komplex, viel Aufklärung war nötig, was uns nur teilweise gelungen ist. Viele Menschen haben nicht verstanden, weshalb eine zweite Volksabstimmung nötig wurde – geschweige denn, weshalb diese Vorlage so anders aussah und alle vom «Humustourismus» sprachen. Zweitens gab es 2012 bestimmt Menschen, die mit ihrem Ja zur Kulturlandinitiative ein Zeichen setzen wollten. Angesichts der gegnerischen Kampagne, die von einem «erfüllten Kulturlandschutz» sprach, haben diese nun Nein gestimmt. Dann war da noch die aggressive Gegenkampagne, gespickt mit vielen Stimmung machenden Unwahrheiten, die ihren Teil zum Nein beigetragen hat.

Wir sind aber alles in allem sehr zufrieden mit unserer Kampagne. Wir hatten gute Medienauftritte und haben viele Leute erreicht und mobilisiert.

Mit der Kulturlandinitiative haben wir in den letzten vier Jahren sehr viel erreicht. Wir müssen darum diese Niederlage unbedingt in den grössten Kontext setzen. Mit dem Ja 2012

haben wir das Thema auf die politische Agenda gesetzt und den Richtplan massgeblich beeinflusst. In Sachen Raumplanung haben wir uns eine Position erarbeitet. Und mit dem Gang vor Bundesgericht haben wir gezeigt, dass uns die demokratischen Werte viel bedeuten.

Auch die Ausstiegsinitiative wurde abgelehnt, obwohl der Sieg in Greifweite lag. Es ist uns mit der breiten Kampagne aber gelungen, sehr viele Leute anzusprechen. Während des Abstimmungskampfs wurden die Risiken der AKWs thematisiert und finanzielle Unzulänglichkeiten aufgedeckt. Das gute Abstimmungsergebnis muss man als Bekenntnis zur Umsetzung der Energiestrategie 2050 interpretieren. Der Atomausstieg ist mehrheitsfähig. Deshalb ist es nun wichtig, dass wir darauf beharren, dass der Ausstieg kommt und dafür die richtigen Rahmenbedingungen gesetzt werden. Wir bleiben dran und schauen in die (erneuerbare) Zukunft!

■ Marionna Schlatter,
Präsidentin Grüne Kanton Zürich

BUDGET 2017
DER ROTSTIFT IST ANGESETZT

Was beim Bund Schlagzeilen macht, ist auch im Kanton Zürich bittere Realität.

Die bürgerliche Mehrheit gibt das ganze Jahr mit vollen Händen Geld für ihre Klientel aus und kürzt dann Ende Jahr beim Budget da, wo es die anderen trifft. Dass es meist die sozial Schwächeren trifft, spielt dabei keine Rolle oder ist sogar gewollt. Im «Gedankengut» des SVP-Establishments um Martullo, Matter und Köppel und leider auch der «neuen» FDP handelt es sich bei diesen Menschen meist nur um Schmarotzer, die der Staatskasse auf der Tasche liegen.

Happige Kürzungen

Das kantonale Budget 2017 ist eng verzahnt mit dem Sparprogramm «Leistungsüberprüfung 2016 (Lü 16)». Nicht alle Lü-Massnahmen greifen schon im nächsten Budgetjahr, meist haben sie aber langfristige Auswirkungen. Bereits der Budgetantrag der Regierung enthielt für die Grünen nicht akzeptable Kürzungen in den Bereichen Umwelt und Soziales. Die bürgerliche Kantonsratsmehrheit mit CVP, GLP und BDP setzte weitere Kürzungen durch, die teilweise gesetzeswidrig sind, die Umwelt schädigen und sozial Schwächere belasten.

Wie schon in den letzten Jahren kürzt man bei der individuellen Krankenkassen-Prämienverbilligung (IPV). Gleichzeitig verlangt die Regierung für die IPV einen Nachtragskredit von 52 Mio. Franken. Eine Steigerung, die angeblich nicht vorhersehbar war. Erst kürzen und dann wieder Geld nachverlangen, weil die Anzahl der Bezugsberechtigten falsch budgetiert wurde. Jetzt macht man wieder dasselbe Spiel!

Sparen beim ÖV

Die happigste Kürzung verlangen die Bürgerlichen beim Verkehrsfonds zur Finanzierung des öffentlichen Ver-

kehrs. Die letztjährige Kürzung wurde als einmalige Massnahme verkauft, dieses Jahr fällt die Kürzung mit 30 Mio. Franken noch höher aus. Wahrscheinlich nennt man das dann einmalige Wiederholung, bis nächstes Jahr... Man hungert den Verkehrsfonds zulasten späterer Generationen aus. Man braucht das Geld für die Kompensation von aus bürgerlicher Sicht höchst unerwünschten Einnahmen. Die Regierung schlägt nämlich vor, dass man die hohen Gewinne von Privatspitälern, die zu wenig Grundversicherte behandeln, abschöpft. Ein «No Go» für den Freisinn. Ob alle Bürgerlichen mitmachen kann man zurzeit nicht sagen. Die Vorlage steckt noch zur Beratung in den Kommissionen.



Wir wehren uns gegen die bürgerliche Umverteilung zu Lasten der Schwächeren und künftiger Generationen. Die Mehrheit im Kantonsrat sieht es anders. Es ist definitiv nicht unser Budget.

■ Esther Guyer, Fraktionspräsidentin

EKZ
SO NICHT

Eine neue EKZ-Verordnung fordert, dass die EKZ eine Substanzdividende an den Kanton ausrichtet.

Die Leistungsüberprüfung 16 (Lü 16) dominiert die kantonale Politik. Das Debakel um die Beamtenversicherungskasse belastet die Kantonsrechnung auf Jahre hinaus. Entsprechend ist der mittelfristige Ausgleich der Jahre 2016–19 gefährdet. Sparen bei der Berufsbildung, der Krankenkassenprämienverbilligung, dem Natur- und Klimaschutz und vielem mehr ist angesagt.

Wieso wehren sich die Grünen gegen Mehreinnahmen durch eine EKZ-Dividende?

Grundsätzlich wehren sich die Grünen nicht dagegen, dass die EKZ eine Dividende an den Kanton ausrichtet. Allerdings ist dafür das EKZ-Gesetz zu ändern und die Dividende muss sich nach Gewinn und Investitionstätigkeit ausrichten und darf nicht als Substanzdividende erhoben werden. Es stehen grosse Investitionen an, namentlich ins smartgrid. Die Automatisierung der Wertschöpfung geht voran und fordert ebenfalls erhebliche Investitionen, die mit smartgrid zusammenfallen.

Legal, illegal, scheissegal

Es geht aber auch nicht, dass man einfach eine Verordnung im Widerspruch zum Gesetz erlässt. Wir erleben immer häufiger, dass man geltende Gesetze im Kantonsrat ignoriert. Es ist Aufgabe der Opposition, das anzuprangern oder anzufechten. Ich habe am 8. Dezember 2016 in eigenem Namen eine Beschwerde beim Verwaltungsgericht eingereicht. Dann schauen wir mal.

■ Röbi Brunner, Kantonsrat Steinmaur

USR III: UNTERNEHMEN PROFITIEREN PRIVATE MÜSSEN BLUTEN

Am 12. Februar 2017 kommt das Referendum gegen die Unternehmenssteuerreform III (USR III) an die Urne. Bei einer Annahme der USR III droht eine erhebliche Umverteilung der Steuerlast von den Unternehmen zu den Privatpersonen. Die hohen Einnahmeverluste der Städte und Gemeinden werden nur teilweise kompensiert; hunderte von Millionen Franken werden ins Ausland verschoben. Daher: Nein zur USR III in dieser Form.

Vorneweg: Eine solche Reform auf nationaler Ebene ist notwendig, auch um die internationale Akzeptanz des Steuerstandorts Schweiz wiederherzustellen. Die vorliegende USR III ist jedoch überladen und von zu vielen Unsicherheiten geprägt. Insbesondere bleibt offen, wie sich Massnahmen wie zinsbereinigte Gewinnsteuer, Patentbox, Abzug für Forschung und Entwicklung und Kapitalsteuer finanziell auswirken. Ohne den Teufel an die Wand malen zu wollen: Vieles erinnert an die USR II. Damals hat sich der Bundesrat um mehrere Milliarden Franken verschätzt.

Auch die vom Regierungsrat des Kantons Zürich Ende November 2016 verabschiedete Umsetzung der Reform im kantonalen Recht gibt keine abschliessenden Antworten auf die Frage nach den finanziellen Auswirkungen. Dass der Kanton die ganze Palette an Massnahmen einführen und gleichzeitig den Steuersatz senken will, ist übertrieben.



Unternehmen profitieren auf Kosten von Privaten

Damit fahren wir in einen Tunnel, ohne zu wissen, was uns am Ausgang erwartet. Die Steuerbelastung ist im ohnehin schon attraktiven Wirtschaftsstandort Zürich nur einer von vielen Faktoren für die Unternehmen.

Stadt rechnet mit höheren Ausfällen als der Kanton

Der Regierungsrat rechnet mit Mindereinnahmen von jährlich total 768 Millionen Franken (Gemeinden: 429 Millionen / Kanton: 339 Millionen). Bei der Stadt Zürich sieht der Kanton Einnahmeausfälle in der Höhe von 200 Millionen Franken vor. Aus Sicht der Stadt Zürich ist diese Zahl weder nachvollziehbar noch transparent. Gemäss unseren Berechnungen gehen wir von Mindereinnahmen von 300 Millionen Franken aus. 180 bis 200 Millionen aufgrund der Senkung des Gewinnsteuersatzes von 8 auf 6 Prozent; rund 100 Millionen Franken aufgrund der übrigen Massnahmen.

Angesichts der erwarteten Einnahmeausfälle decken die vorgesehenen Kompensationen nur einen kleinen Teil unserer Ausfälle; 78 Millionen Franken sind für die Stadt Zürich vorgesehen. Zudem haben die am meisten betroffenen Gemeinden keine Kompensation über den Finanzausgleich erwartet, sondern direkt über den Anteil des Kantons an der direkten Bundessteuer. Zudem ist die Berechnung der Kompensation über den Finanzausgleich zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses noch nicht transparent.

Steuererhöhungen für Privatpersonen – Steuergeschenke ins Ausland

Wenn die USR III in der aktuellen Form kommt und das Referendum scheitert, droht in vielen Teilen der Schweiz eine Verschiebung der Steuerlast von den Unternehmen zu den Privatpersonen. Zürich wird wie die meisten anderen Gemeinden den Steuerfuss erhöhen müssen. Privatpersonen und der Mittelstand werden auf Kosten der Unternehmungen die Zeche zahlen müssen.

Dazu kommt, dass eine Senkung der Gewinnsteuern höhere Gewinnausschüttungen zulässt. Davon profitieren in erster Linie die (ausländischen) Aktionäre. Auf dem Platz Zürich stammen bis zu 80 Prozent der Steuereinnahmen von den 300 grössten juristischen Personen. Diese sind zu über 75 Prozent ausländisch beherrscht. Somit würde durch diese Vorlage der überwiegende Teil der Steuergeschenke, mehrere hundert Millionen Franken pro Jahr, ins Ausland verschoben.

■ Daniel Leupi, Stadtrat und Vorsteher Finanzdepartement der Stadt Zürich

FRISCHER WIND IM KANTONSRAT

Silvia Rigoni und Thomas Forrer sind als Nachfolge der zurückgetretenen KantonsrätInnen Maria Lischer und Ralf Margreiter in die Grüne Fraktion nachgerückt. Ein Gespräch mit den neuen KantonsrätInnen.

Liebe Silvia, lieber Thomas, herzliche Gratulation zur Wahl in den Kantonsrat. Wer seid ihr?

Silvia: Ich wohne in Zürich-Altstetten, bin Psychologin, leite eine Altersberatungsstelle, habe eine erwachsene Tochter und einen Mann in Bern.

Thomas: Meine Frau und ich wohnen mit unseren zwei Kindern in Erlenbach, ich habe Literaturwissenschaft und Philosophie studiert und arbeite jetzt als Wissenschaftler auf diesen Gebieten.

Was hat euch in die Politik gebracht?

Silvia: Ich bin seit den 1980er-Jahren politisch sehr interessiert und auch immer wieder aktiv. Allerdings habe ich mich lange Jahre nie verbindlich einer Gruppe angeschlossen. Vor fünf Jahren habe ich mich entschieden, vermehrt politisch aktiv zu werden und gemerkt, dass dies innerhalb einer Partei erfolgsversprechender ist.

Thomas: Die Erfahrung, dass unsere Güter sehr ungleich verteilt sind, hat mich bereits als Jugendlichen politisiert. Jahre später, als ich nach einer zweijährigen Studienzeit in Berlin wieder nach Zürich gezogen war, war ich überrascht, wie viele Offroader in unserer Stadt verkehrten; der Klimawandel war in aller Munde. Da wollte ich mich politisch engagieren. Nun bin ich seit zehn Jahren bei den Grünen aktiv, zuerst im Kreis 4 und seit 2012 als Präsident der Grünen Bezirk Meilen.

Und warum habt ihr euch gerade für die Grüne Politik entschieden?

Silvia: Die Grüne Partei verbindet mir wichtige Anliegen im sozialen und ökologischen Bereich. Auch setzt sie auf Grundrechte, was angesichts der grassierenden Überwachungshysterie eine wichtige Position ist. Letztlich



war auch entscheidend, dass mir die Grünen der Kreispartei 3/9 vom ersten Treffen an sehr sympathisch waren.

Thomas: Weil die Grünen die einzige Partei sind, die ökologische Politik konsequent mit der Frage der Verteilung verbindet. Zu meinem Parteibeitritt haben zudem die vielen überzeugenden Persönlichkeiten der Grünen beigetragen, wie Balthasar Glättli, Ruth Genner und Daniel Vischer.

Wo wollt ihr eure politische Schwerpunkte setzen?

Silvia: Ich beginne mit Themen, mit denen ich eine langjährige Erfahrung habe. Das sind soziale Fragestellungen und Themen der Gleichstellung. Ich denke aber, das wird sich bald auch auf anderes ausweiten.

Thomas: Da ich in der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt mitwirke, werde ich mich auf typisch Grüne Themen konzentrieren. Sehr wichtig sind mir aber auch eine vielseitige

Bildung, der Schutz von Minderheiten und eine Ausländerpolitik, bei der die Menschen im Mittelpunkt stehen.

Was ist euer erstes politisches «Projekt» im Kantonsrat?

Silvia: Mit meinem ersten Vorstoss möchte ich erreichen, dass betreutes Wohnen auch für Menschen mit kleinerem Budget finanzierbar ist. Viele ältere und behinderte Menschen würden dem betreuten Wohnen gegenüber einem Heimeintritt den Vorzug geben, entscheiden sich aber für einen Heimeintritt, weil nur dieser mit Ergänzungsleistungen finanzierbar ist.

Thomas: Das erste Postulat, das ich eingereicht habe, betrifft die Transparenz unserer Stromprodukte: Alle Stromprodukte sollen Herkunftsnachweise haben, damit kein Graustrom mehr an die KundInnen im Kanton ausgeliefert wird.

■ Das Gespräch führte Nadine Berthel, Geschäftsführerin Grüne Kanton Zürich

DER ALLTAG WIRD SCHMUTZIGER MIT DOLAND TRUMP

Nun hat die Welt Trump. Auch ich war überzeugt, Hillary Clinton werde gewinnen. Hat nun Donald Trump gewonnen oder Clinton verloren?

Trump gelang es wider Erwarten, das klassische rechte republikanische Wählermilieu auszuschöpfen. Alle Distanzierungen vor den Wahlen haben ihm nicht geschadet. Trump wurde aber auch zum Hoffnungsträger der weissen Arbeiter und generell der weissen unteren Mittelschicht im «Rust Belt». Diese an sich vielmals demokratisch Wählenden konnte Clinton offensichtlich nicht ansprechen – im Gegensatz zu Bernie Sanders, dessen Kampagne gerade auf diese Wählerschaft zuing und die drohende Deindustrialisierung zum Thema machte.

Die beängstigende Erkenntnis ist: Trump hat seine Kampagne ohne Rücksicht auf Verluste gnadenlos durchgezogen und wurde genau dafür belohnt. Er profitierte aber auch von einer schwachen Gegenkandidatin. Dass sie eine «Kriegsgurgel» ist, wissen wir, aber das gab nicht den Ausschlag. Waren es die Schwarzen, die ihr in der Vorwahl gegen Sanders eigenartigerweise den Sieg brachten, liessen diese sie nun teilweise im Stich. Generell konnte sie das ganze Patchwork der Minderheiten, das Obama vor vier Jahren seinen glänzenden Sieg sicherte, nicht im gleichen Ausmass mobilisieren.

Katastrophaler Fehler

Clinton war nicht die richtige Kandidatin. Das sah man im Prinzip schon in den Vorwahlen. Aber sie wurde vom Parteizentrum mit erlaubten und unerlaubten Mitteln durchgezwingt. Obama hätte gegen Trump gewonnen. Ich bin aber überzeugt, dass auch Joe Biden gewonnen hätte. Damit will ich sagen: es war ein katastrophaler Fehler

der Demokraten, sich von Anfang an dem arroganten Machtanspruch des Clinton-Clans zu beugen.

Wie weiter?

Über das, was Trump nun bringen wird, tappen wir noch immer im Unwissen, seine Botschaften sind noch viel zu widersprüchlich, als dass aus



Als ersten ausländischen Politiker hat Trump Nigel Farage empfangen, was in den europäischen Hauptstädten zu Recht als Affront empfunden wurde. Sein Telefonat mit Taiwan war ausserpolitisch bedenklich. Kommt es zu einer neuen Achse Putin-Trump? Worin soll die gemeinsame Ausrichtung bestehen? Bislang waren es vor allem die USA und nicht Kernländer der EU, die in der Ukraine für eine harte Gangart mit Russland eintraten. Nichts könnte sinnvoller sein, als wenn sich hier eine grössere Entspannung ergäbe. Der Syrienkrieg kann ohnehin nur mit Russland gelöst werden. Bleibt die Frage nach der NATO. Seit wann machen sich Linke oder Grüne Sorgen über die Zukunft der NATO? Die NATO ist das Verteidigungssystem der Sicherung der Privilegien des Westens gegenüber dem Rest der Welt. Auch nach 1990 hat sich dies keineswegs geändert. Wenn nun Trump die bisherige Finanzierung in Frage stellt, basiert das keineswegs nur auf unberechtigten Gründen.

Trump ist auch gegen Freihandelsabkommen. Diese werden auch von uns in Frage gestellt, weil sie überwiegend zur ökologischen und sozialen Deregulierung führen. Wenn dank Trump TTIP endgültig Schiffbruch erlitt, wird vor allem ein Teil der amerikanischen Wirtschaft sauer sein.

Das alles sind viel Spekulationen. Eines aber scheint ekelhafterweise sicher zu sein: der Alltag wird schmutziger, der tägliche Rassismus und Sexismus werden zunehmen.

■ Daniel Vischer, Alt-Nationalrat

WILDWUCHS STOPPEN ENERGIE FÜR ZÜRICH

Nachdem in Zürich und in der Schweiz einige wichtige energiepolitische Weichen gestellt wurden, stellt sich die Frage nach der städtischen Energiepolitik umso dringlicher. Im Mittelpunkt steht dabei eine Perle: das EWZ.

Strategisch gesehen geht es der Stadt energiepolitisch gut, und das liegt massgeblich an den Grünen: 2000-Watt, Ausstieg aus dem Atom, Förderung der Erneuerbaren – es fehlt eigentlich nur noch der Ausstieg aus den Fossilien, aber das liegt in der Stadt primär bei den verbliebenen Ölheizungen und an der Mobilität, und diese Bereiche entziehen sich der kommunalen Politik. Dennoch ist nun nicht einfach alles gut auf der energiepolitischen Insel der Seligen. Im Gegenteil: Wir leben im Chaos. Die Anbietervielfalt bei Strom und Wärme in der Stadt Zürich ist unübersichtlich, ineffizient und rechtlich instabil geworden. Der zuständige Stadtrat hat die Sache nicht mehr im Griff. Änderung tut Not!

Perfektes Chaos

Die einjährige Kommissionsarbeit über die Rechtsformänderung des städtischen EWZ hat es an den Tag gebracht: In Zürich läuft die Vielfalt der Organisationen, Firmen, Dienstabteilungen etc., die Dienstleistungen im Bereich Strom und Wärme erbringen, komplett aus dem Ruder. Und so kommt es zu Perversionen wie der Limmat Energie AG. Sie soll gegründet werden, um ein Abwärmeprojekt in Altstetten realisieren zu können. Beteiligt daran sind zwei erbitterte KonkurrentInnen: das EWZ, eine Dienstabteilung der Stadt, und die Energie 360° AG, eine Aktiengesellschaft zu 95 % in den Händen der Stadt. Beide fischen im gleichen Teich und bei beiden sitzt Stadtrat Türler zuoberst – ein Mann mit vielen Hüten also, der sich nun selber im Weg steht.

Die Energie 360° AG ist nichts anderes als die frühere Erdgas Zürich AG, also eine Firma mit aussterbendem Geschäftsmodell und auf Kollisionskurs



mit der politischen Ausrichtung der grössten Schweizer Stadt. Rekommunalisieren wäre das Einfachste, aber natürlich fast so schmerzlich wie eine AKW-Verschrottung. Kommt hinzu, dass die Energieplanung der Stadt, die sich auf der Zielgeraden befindet, sowie die kantonalen Energievorschriften ebenfalls weg von den Fossilien wollen.

Aufräumen beim Wildwuchs

Wir haben also die Situation, dass der Stadtrat mit sich konkurrenzierenden, strategisch höchst unterschiedlichen Organisationen in verschiedenen Rechtsformen eine kohärente Energiestrategie fahren sollte – eine unmögliche Lage. Um die Dreifaltigkeit voll zu machen: Ein weiterer Player bei der Wärme ist ERZ Fernwärme, ebenfalls eine Dienstabteilung. Auch sie liefert leitungsgebundene Wärme und Kälte, und wenn auch bei der Fernwärme gesagt werden muss, dass ihre Zukunft wegen den schiiteren Abfallprognosen (Kreislaufwirtschaft olé!) auf wackligen Füßen steht, ist ihr Leitungsnetz doch eine wichtige Infrastruktur, denn Abwärmenetze werden wir immer brauchen.

Bleibt das EWZ, eine vorbildlich geführte, innovative, sehr Grüne und sehr zukunftssträchtige Dienstabteilung der Stadt, der es immer noch gut geht, weil sie die richtige Strategie gefahren hat. Wir haben sie grad wieder mal ein bisschen gerettet als Dienstabteilung, aber nicht einmal wir Grüne sind so naiv anzunehmen, dass das auf ewiges Leben im falschen (Markt). Daher wollen wir den Wildwuchs mittels Motionen aufräumen. Wir wollen eine einzige Organisationseinheit, die «Stadtwerke Zürich», die, auf der Basis der bewährten 2000-Watt-Bestimmungen in unserer Stadtverfassung, eine zukunftssträchtige Energielösung «aus einer Hand» bieten, geführt durch eine kluge (Grüne) politische Governance und nicht behindert durch Kompetenzgerangel à la mode du chef. Der Weg dahin ist weit und steinig, aber er lohnt sich!

■ Markus Kunz, Gemeinderat Zürich, Mitglied der Kommission TED/DIB

MEHR EINGEBÜRGERTE IN UNSEREN REIHEN

Die Schweiz ist ein Einwanderungsland und wird es wohl noch sehr lange bleiben. Zahlreiche Menschen aus anderen Ländern kommen aus verschiedenen Gründen hierher und bauen sich eine Existenz auf. Wenn sie genug lang da und keine Sozialhilfe-bezügerInnen sind und noch einige weitere Bedingungen erfüllen, können sie eingebürgert werden.

Dass der rote Pass vor allem unter Nicht-EU-BürgerInnen begehrt ist, kann ich aus eigenen Beobachtungen bestätigen. Die meisten AusländerInnen bewerben sich um die schweizerische Staatsbürgerschaft, sobald sie die Bedingungen erfüllen, weil sie dadurch aus ihrer Sicht viele Vorteile erhalten – unter anderem das Wahlrecht.

Dass Eingebürgerte von diesem Recht nicht viel Gebrauch machen, weiss man hierzulande schon lange! Laut Umfragen nehmen Eingebürgerte nur etwa halb so viel wie gebürtige SchweizerInnen an Abstimmungen teil. Zudem sind Eingebürgerte, vor allem MigrantInnen aus der ersten Generation, sehr selten als aktive Politiker auf der politischen Bühne anzutreffen.

Dass Eingebürgerte sowohl vom passiven (wählen) als auch vom aktiven (gewählt werden) Wahlrecht wenig Gebrauch machen, ist ein ernsthaftes Problem für die Demokratie, weil dadurch ihre politische Haltung der Gesellschaft nur ungenügend repräsentiert wird.

Warum gehen Eingebürgerte markant weniger abstimmen?

Zunächst muss ich zugeben, dass auch ich, als politisch engagierter Schweizer-Türke, die hierzulande alle drei Monate durchgeführten Abstimmungen als echte Herausforderung ansehe. Zu verstehen, was inhaltlich bereits für durchschnittlich an Politik interessierte gebürtige SchweizerInnen schwierig zu verstehen ist, ist für durchschnittlich an Politik interessierte eingebürgerte SchweizerInnen ein Ding der Unmöglichkeit.

Wir wissen alle über uns, dass wir grundsätzlich über Sachen reden, über die wir einigermaßen Bescheid wissen, von denen wir direkt betroffen sind oder uns betroffen fühlen.

Fakt ist, dass Eingebürgerte über politische Themen sehr schlecht Bescheid wissen und sich selten direkt betroffen fühlen, weshalb die grosse Mehrheit von ihnen nicht abstimmen geht!

Warum sind Eingebürgerte seltener in der politischen Arena zu treffen?

Die Antworten auf diese Frage sind nicht viel anders als diejenigen zur ersten Frage. Hinzu kommt, dass sich die politischen Parteien keine grosse Mühe geben, mehr aktive Mitglieder unter den Eingebürgerten zu finden.

Aus eigener Erfahrung kann ich sagen, dass auch die Grünen in der Praxis mehr machen können, damit Eingebürgerte, vor allem die erste Generation, mehr Interesse an der Parteipolitik zeigen.

Mehr machen kann allerdings viel bedeuten! Aufgrund der knappen Ressourcen favorisiere ich vor allem den folgenden Lösungsansatz:



Aktives Informieren und Anwerben der Eingebürgerten!

Das heisst, dass die Grünen sich dies als Parteiziel setzen und sich mit dessen Umsetzung entsprechend auseinandersetzen.

Die Bildung einer Arbeitsgruppe auf Stadt- und Kantonalparteebene sehe ich als konkreten Schritt in die richtige Richtung, damit das Thema zuerst mal die nötige Aufmerksamkeit erhält.

Nicht zuletzt müsste man in Erinnerung behalten, dass Eingebürgerte tendenziell links stimmen, weshalb es sich lohnt, parteipolitisch in diesen Bereich zu investieren.

■ Muammer Kurtulmus,
Gemeinderat Zürich

STADTLIBEN IST NICHT KONFLIKTFREI

Die SIP Züri ist auf Plätzen präsent, schlichtet Konflikte, interveniert bei Lärmbelästigungen und Pöbeleien. Sie trägt mit ihrer Verbindung von aufsuchender Sozialarbeit mit ordnungsdienstlichen Aufgaben zur Sicherheit in den Quartieren bei. JA zur Weiterführung der SIP am 12. Februar.

Die SIP Züri (Sicherheit, Intervention, Prävention) geht zurück auf die offene Drogenszene der 90er Jahre. Anfänglich waren Drogenabhängige und «schräge Vögel» mit sozial auffälligem Verhalten im Fokus. Seither hat sich die Stadt verändert und ist ein Anziehungspunkt rund um die Uhr. Das Leben spielt sich auch nachts im öffentlichen Raum ab, der mit unterschiedlichen Ansprüchen konfrontiert ist – nicht immer konfliktfrei.

Die SIP ist in den Quartieren präsent und kombiniert Sozialarbeit mit ordnungsdienstlichen Aufgaben. Die Mitarbeitenden schlichten bei Konflikten im öffentlichen Raum, kommunizieren Verhaltensregeln und werben für gegenseitige Toleranz und Rücksichtnahme. Ziel ist, dass alle NutzerInnen ohne Verdrängung einzelner Gruppen Platz nebeneinander finden. Sie intervenieren bei Littering, Lärm oder Belästigungen, leisten erste Hilfe und sind bei den Strichboxen präsent. Im Winter besucht die SIP die Schlafplätze der Obdachlosen, um sie vor dem Erfrierungstod zu bewahren. Sie nimmt Beschwerden aus der Bevölkerung auf

und sucht mit den Beteiligten eine gemeinsame Lösung. Einige Plätze werden regelmässig besucht, andere, wenn die Bevölkerung es wünscht.

Vor Einführung der SIP kam jeweils die Polizei mit allen strafrechtlichen Konsequenzen. Heute löst die SIP viele Konflikte, was gerade Jungen zugute kommt, deren jugendlicher Übermut nur mit einer Zurechtweisung durch die SIP statt einem Polizeiverfahren endet. Die SIP hat keine polizeilichen Kompetenzen. Die Durchsetzung der Ordnung erfolgt über Kommunikation und Vertrauensbildung. Nur in kritischen Situationen wird die Polizei gerufen. Die Wahrnehmung aber, was im öffentlichen Raum stört und was toleriert wird, ist abhängig vom Zeitgeist. Hier gilt es seitens der Grünen, mit wachsamem Auge Vielfalt und Freiräume zu erhalten. Fraktion und Vorstand empfehlen JA zum angepassten Gemeindebeschluss zur Weiterführung der SIP.

■ Katharina Prelicz-Huber,
Gemeinderätin Zürich



SOZIALAMT DÜBENDORF

Das Sozialamt Dübendorf steht derzeit in schlechtem Licht.

Die Leiterin der Sozialhilfe in Dübendorf hatte fremdenfeindliche Einträge auf ihrer persönlichen Facebook-Seite gepostet. Wir Grünen meldeten dies dem zuständigen Personalverantwortlichen, woraufhin die Mitarbeiterin per sofort von ihrer Arbeit entbunden wurde. Die Stadt leitete ein Prüfverfahren ein. Unterdessen hat die Mitarbeiterin eine schriftliche Verwarnung bekommen und ist wieder im Dienst.

Nachdem die Medien von der Facebook-Geschichte Wind bekommen hatten, wurde auf allen Kanälen darüber berichtet. Der Stadtrat geriet stark unter Druck, Stimmen wurden laut, die Fehlbare müsse entlassen werden. Von verschiedenen Seiten, unter anderem von Sozialarbeitenden anderer Organisationen, wurde gemeldet, auf dem Sozialamt würden Hilfesuchende respektlos behandelt und abgewimmelt. Dies betreffe auch Schweizerinnen und Schweizer. Der Stadtrat wich aber nicht von seinem Kurs ab und es blieb bei der Verwarnung. Er richtete eine Ombudsstelle ein, bei der Leute aus der Bevölkerung ihre Anschuldigungen und Klagen deponieren können.

Im Gemeinderat reichten wir und die SP zwei politische Vorstösse ein, die Grünen eine Interpellation zur «Niederschweligen Sozialberatung». Wir bekommen viele positive Feedbacks aus der Bevölkerung für unser Vorgehen und hoffen, dass wir etwas bewirken können.

■ Flavia Sutter,
Gemeinderätin, Dübendorf

www.gruene-duebi.ch

STADTRATERSATZWahl

JÜRg ALTWEGG IN DEN STADTRAT

Ich kandidiere als Stadtrat, weil ich überzeugt bin, dass die Grünen die richtigen Lösungen für eine erfolgreiche Zukunft besitzen.



Als zukünftiger Stadtrat werde ich mich dafür einsetzen, Winterthur vorwärts zu bringen: Unerschrocken auch etwas Neues anzugehen und die Stadt für innovative Firmen zum Wunschstandort zu entwickeln. Ein attraktives Winterthur definiert sich dabei nicht über Steuerfuss und Anzahl Parkplätze, sondern über das Wohlbefinden der hier lebenden Personen und eine zeitgemässe Infrastruktur. Während fünf Jahren sammelte ich als Projektleiter Erfahrungen beim Aufbau eines «kleinen Dorfes», dem Mehrgenerationenhaus «Giesserei» in Oberwinterthur. Das ist mein Tatbeweis zur Umsetzung gesellschaftlicher Lösungen, innovativ und für alle ein Gewinn.

■ Jürg Altwegg, Stadtratskandidat Winterthur

www.jürg-altwegg.ch

GARTENSTADT PLUS

Dank einer Motion von Links/Grün und unseren Anträgen in der Kommission konnte der Gemeinderat kürzlich eine Stärkung der Gartenstadt Winterthur beschliessen. In der Bau- und Zonenordnung wird neu für alle Quartierhaltungszonen festgehalten, dass Frei- und Grünräumen besondere Beachtung geschenkt werden muss. Ebenso darf die Baumasse auf den Grundstücken nicht über das heute in etwa vorhandene Volumen hinausgehen: Ein kleiner, aber wichtiger Erfolg. Wir werden versuchen, auch für andere Zonen noch Regelungen zu finden, die dem Schutz von Grünräumen dienen und dem Verdichten um jeden Preis natürliche Grenzen schafft.

■ Reto Diener, Gemeinderat Winterthur

DANKE MATTHIAS

Über zehn Jahre Grüner Stadtrat, über 30 Jahre Grüne Politik in Winterthur

Der 12. Februar 2006 war ein besonderer Freudentag. Matthias Gfeller zog als erster Grüner in den Stadtrat ein. Es war unzweifelhaft der Höhepunkt seines Partei-Engagements in Winterthur. Schon 1985, als Gründungspräsident, setzte er sich für die lokale Sektion ein, blieb dieser über die vielen Jahre immer treu und gehörte zu den ersten Grünen Vertretern im Stadt-, so wie später auch im Kantonsparlament. Ein rekordträchtiges Engagement, für das wir ihm ein dickes Lob und herzlichen Dank zollen.



Dass er nun auf Anfang 2017 zurücktreten muss, bedauern wir ausserordentlich. Sein hartnäckiger Einsatz für eine ökologische, enkeltaugliche Stadt hat Winterthur geprägt. So hatte er als Leiter Stadtwerk schon früh begonnen, eine erneuerbare Wärme- und Stromversorgung mitaufzubauen, die sich schweizweit sehen lassen kann. Chapeau! Wir sind auf deine nächsten Grosstaten gespannt.

■ Reto Diener, Präsident Grüne Winterthur

FREIHEIT VERSUS SICHERHEIT? DIE POST-SNOWDEN ÄRA

Mit der (vom Volk) durchgewinkten Revision des Nachrichtendienstgesetzes (NDG) sowie des Bundesgesetzes betreffend der Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs (BÜPF) werden sich legal verhaltende Menschen überwacht.

Dank dem neuen BÜPF werden beispielsweise sämtliche Fernmeldeanbieter der Schweiz wie zum Beispiel Swisscom oder Salt verpflichtet, auf eigene Kosten während zwölf Monaten zu speichern, wer, wann, wie oft, wie und mit wem kommuniziert hat. Inhalte werden nicht gespeichert, Mail-Betreffs jedoch schon. Wie ein gewinnorientiertes oder kleines Startup-Unternehmen diese Daten vor Missbrauch schützen kann, sei dahingestellt. Oder wie soll die durch das NDG legalisierte Kabelaufklärung (Überwachung des Internetverkehrs) brauchbare Ergebnisse für die Terrorismusabwehr liefern, ohne dabei die Privatsphäre unbescholtener BürgerInnen zu verletzen? Notabene von einem Geheimdienst ausgeführt, der bis vor kurzem das Vieraugenprinzip nicht kannte.

Noch vertiefter auf Details einzugehen oder warum es so wichtig ist, die Privatsphäre, also das Grundrecht, etwas zu verbergen zu dürfen, zu schützen, würde den Rahmen sprengen.

Wichtiger scheinen mir folgende Fragen:

- Was passiert mit einer Gesellschaft, in der der Schutz der individuellen Privatsphäre nicht nur nicht ausgebaut, sondern bewusst in Kauf genommen wird, kollektiv Menschen zu verdächtigen und zu überwachen?
- Was passiert mit einer Demokratie, wenn das Öffentlichkeitsprinzip durch geheim operierende Geheimdienste negiert wird?
- Was kostet diese Überwachung, nur schon rein monetär?
- Welche Alternativen haben wir, um Ängste vor dem Terrorismus anzugehen?
- Können wir uns dieser Überwachung entziehen?

Und wenn «man» das kann, was nützt diese Überwachung dann?

■ Niggi Kappeler, Vorstand Junge Grüne Zürich & Grüne Kanton Zürich



JUNGGRÜNER REKORD

Am Donnerstag, 1. Dezember, hat die Bundeskanzlei bekannt gegeben, dass die eidgenössische Zersiedlungsinitiative mit 113'216 gültigen Unterschriften zustande gekommen ist. Nun geht die Initiative weiter an den Bundesrat.

Eingereicht wurde die Initiative am 21. Oktober. Vor dem Bundeshaus in Bern haben etwa 30 Personen gemeinsam mit einem Teppich eine «grüne Oase» ausgelegt. Über die Einreichung wurde unter anderem in der NZZ, im Tagesanzeiger, im Blick und in der Tagesschau berichtet.

96'000 Unterschriften für die Initiative wurden von den Jungen Grünen selbst gesammelt. Das hat bisher noch keine Jungpartei geschafft und ist für eine Organisation mit nur 2'000 Mitgliedern eine enorme Leistung. Mit mehr als 18'000 Unterschriften hat die Zürcher Sektion der Jungen Grünen nach der Berner Sektion am zweitmeisten Unterschriften beigesteuert.

Viele Mitglieder standen fast jeden Tag auf der Strasse, um für die Initiative zu sammeln. Und es gab sogar 20 Eifrige, die sich am Ende der Sammelphase stolz Mitglieder des «1000er-Clubs» nennen durften. Darunter sind einige Mitglieder der Zürcher Sektion. Der grosse Aufwand, den die Jungen Grünen für die Zersiedlungsinitiative aufgebracht haben, lässt sich auch in Zahlen ausdrücken: 12'000 Sammelstunden, 4'000 Koordinationsstunden, 2'000 Stunden Beglaubigen und 750 Stunden Sitzungen wurden seit der Lancierung ehrenamtlich geleistet.

■ Ursina Schärer, GL Junge Grüne & Präsidentin Grüne Bezirk Pfäffikon

GRÜNE TERMINE

GRÜNE KANTON ZÜRICH

17. Januar 2017, 19:30 Uhr

Mitgliederversammlung

Apéro ab 19:00 Uhr, Volkshaus Zürich, Gelber Saal, Themen: Unternehmenssteuerreform III und die finanziellen Folgen für den Kanton Zürich

GRÜNE STADT ZÜRICH

6. Januar 2017, ab 18:00 Uhr

3-Königs-Apéro

mit dem FlüchtlingsTheater Malaika, Ref. Kirchengemeindehaus Aussersihl, Stauffacherstr. 8, Zürich

GRÜNE WINTERTHUR

11. Januar 2017, 19:30 - 21:30 Uhr

Podium zu den Stadtratsersatzwahlen

Casinotheater Winterthur

19. Januar 2017, 19:30 Uhr

Mitgliederversammlung

Kongresshaus, Liebestrasse 3, Winterthur

12. Februar 2017

Stadtratsersatzwahlen

Mit dem Grünen Stadtratskandidaten Jürg Altwegg

GRÜNE BEZIRK MEILEN

28. Januar 2017, 9:00 – 13:00 Uhr

Ortsparteien-Workshop

Erlengut, Erlengutstrasse 1, Erlenbach

GRÜNE ZÜRICH KREIS 6/10

2. Februar 2017, 20:00 Uhr

Vorstandssitzung

Mitglieder sind als Gäste herzlich willkommen, Anmeldung: kreis6-10@gruenezuerich.ch

JUNGE GRÜNE

20. Januar 2017, 19:00 Uhr

Mitgliederversammlung

Sekretariat Grüne, Ackerstrasse 44, Zürich

28. Februar 2017, 19:00 Uhr

Junggrüner Treff

Sekretariat Grüne, Ackerstrasse 44, Zürich

ALLE VERANSTALTUNGEN

gruene-zh.ch/veranstaltungen

PAROLENSPIEGEL

ABSTIMMUNGEN 12.2.17

Eidgenössische Vorlagen

NEIN Unternehmenssteuerreformgesetz III

NEIN Fonds für die Nationalstrassen und den Agglomerationsverkehr (NAF)

JA Erleichterte Einbürgerung von Personen der dritten Ausländergeneration

GRÜNKOHL

POLITIKERINNEN

MIETEN

Im grossen Kanton kann man jetzt Politiker*innen mieten. Zum Beispiel ein Essen mit einem SPDler kostet 7'000 Euro. Käfele mit Ministern kostet etwas mehr, Komasaufen mit einer Vertreterin der lokalen Basis etwas weniger. Der Preis für die Bürgerlichen wurde nicht mitgeteilt, vermutlich sind sie etwas teurer, wobei, wenn Grünkohl es sich recht überlegt: Die Cüplisozis schlürfen ja mittlerweile wohl auch Austern.

So oder so, Grünkohl ist begeistert. Nicht, dass er gross Lust hätte, mit Mario Fehr für 7'000 CHF in den MacDo zu gehen, es sei denn, es sei umgekehrt und Fehr bezahle ihm diese Summe, aber die Idee scheint doch ausbaufähig, vor allem vor dem Hintergrund dieser vermaledeiten Entfremdung zwischen den Eliten und dem Volk. Ja, «Rent a Politician» scheint höchst geeignet, um Volksnähe zu schaffen, zwar etwas teuer, aber es haut hin. Wer schon mal ein Bäuerchen mit Kägi gemacht oder Carmen Walker Späh dabei zugeschaut hat, wie sie kunstvoll einen verirrtten Spaghetto aus ihrer Frisur ausfädelt, der weiss: Sooo fremd sind die mir ja gar nicht, sondern wie du und ich, nur einfach, dass ich nicht so wie du sein möchte.

Grünkohl sucht also subito auf der Homepage der Grünen das Anmeldeformular. Er findet allerdings nur: «Vegan sündigen mit Esther Guyer, 29.90 CHF» oder «Harte Brötchen backen mit der Kantonsratsfraktion, gratis». Grünkohl zögert. Irgendwie hat er sich das mit der Elite aber anders vorgestellt.

■ G. Kohl